

Norman Paech: "Die PKK muss mit am Verhandlungstisch sitzen"

Der zweite Tag der „Internationalen Konferenz der Verhandlungen und Lösungswege“, die vom Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK) organisiert wurde, begann im Sümerpark in Amed mit einer Sitzung unter dem Titel „Wider der Unlösbarkeit der kurdischen Frage: Verständnis der kurdischen Frage“. Moderiert wurde von Prof. Büsra Ersanli von der Marmara Universität. ReferentInnen waren der Journalist Cengiz Çandar, der ehemalige Abgeordneter der deutschen Partei Die Linke Norman Paech, das Mitglied des Türkischen Menschenrechtsvereins Diyarbakir, Sezgin Tanrikulu sowie Rahesh Rai vom kurdischen Menschenrechtsprojekt (KHRP).

Paech: Alle KurdInnen werden des Terrors beschuldigt

Norman Paech, ehemaliger Abgeordneter der deutschen Linkspartei und außenpolitischer Sprecher, äußerte, dass beim der kurdischen Frage ein Verständnis von Nationalismus und Separatismus vorhanden wäre und dass sich dieses Verständnis von der Türkei auf die anderen Länder übertrage. Bei dem Beitrittsprozess der Türkei in die Europäische Union müsse, so Paech, die kurdische Frage eine zentrale Rolle in der Diskussion spielen. Solange die kurdische Frage nicht gelöst sei, wäre ein Beitritt der Türkei in die EU unmöglich.

Paech machte darauf aufmerksam, dass nicht nur die PKK, sondern alle KurdInnen in der Türkei pauschal des „Terrorismus“ beschuldigt werden würden. Die PKK wird in der Türkei als eine separatistische Organisation gesehen und dies sei laut Paech nicht richtig. Er erinnerte daran, dass in dieser Region bis zu 130.000 militärische Einheiten stationiert seien und „diese bei Übergriffen auf die Bevölkerung oder bei Räumungen von Dörfern nicht als ‚terroristisch‘ gesehen würden, sondern als ‚legitim‘.“

„Auch wenn es euch nicht gefällt, die PKK muss mit am Verhandlungstisch sitzen“

„Wir wissen, dass die PKK keinen eigenen Staat schaffen will.“ Mit diesen Worten erklärt Paech, dass dies auch den übrigen Ländern erklärt werden müsse. „Hier gibt es keine Spaltung, sondern die Forderung

nach Selbstbestimmung und Identität.“ Paech sagte, dass die Forderung der KurdInnen in der Türkei nach Selbstbestimmung als Separatismus gesehen würde und dies eine Angst sei, die von der Teilung des Osmanischen Reiches übriggeblieben sei. Doch sei es, so Paech, notwendig, dass die KurdInnen ihre Forderung zur Sprache brächten, ebenso wie eine friedliche und politische Annäherung Bedingung für die Lösung ist. Für eine Lösung müssten alle Kräfte zusammenkommen: „Die Türkei hat die politischen Kräfte aus dem Weg geräumt. Sie wurden verhaftet, um sie vom Verhandlungstisch fernzuhalten. Die DTP wurde verboten, die Mitglieder der BDP verhaftet.“ Weiterhin spricht er davon, dass für eine neue Verfassung in der Türkei die Europäische Union Verantwortung übernehmen müsse. „Ob ihr die PKK nun mögt oder nicht, sie muss mit am Verhandlungstisch sitzen“

„Die kurdische Frage kann überhaupt nur mit der Freilassung Öcalans gelöst werden“

Die PKK müsse von der „Terrorliste“ genommen werden, so Paech. „Warum gibt es immer noch keine besondere EU-Berichterstattung bezüglich der kurdischen Frage? Es gibt Berichterstatter für Palästina, aber nicht für die Lage hier.“ Paech betonte auch, dass alle Beteiligten zusammenkommen müssen und dass dafür alle politischen Gefangenen freigelassen werden müssten. Die kurdische Frage kann einzig und allein mit der Freilassung Öcalans gelöst werden.

Der Journalist Cengiz Çandar äußerte, dass Gelegenheiten zur Lösung der kurdischen Frage ab jetzt wertgeschätzt werden müssten. „Wenn die Versprechen Atatürks, die er 1921 in Izmir während einer Rede den KurdInnen gemacht hatte, gehalten worden wären, wenn die Ereignisse von Lausanne nicht stattgefunden hätten, dann würde es heute vielleicht keine ‚kurdische Frage‘ geben.“ Bis heute seien alle Gelegenheiten zur Lösung der kurdischen Frage versäumt worden, so Çandar. Durch das Schrumpfen des Osmanischen Reiches bis hin zur heutigen Republik Türkei haben Begriffe wie ‚Teilung‘ zu Paranoia

geführt. „Was immer auch östlich des Flusses Euphrat besprochen wird, wird im Westen nicht besprochen. Wie zwei Aquarien. Wir sind an den Punkt einer gefühlsmäßigen Abkoppelung gelangt. Die Verständnisse sind unterschiedlich. Dies verselbstständigt sich allgemein und besonders in einer so paradoxen Art wie noch nie.“

„Das passendste Model ist Südafrika“

Cengiz Çandar hatte am ersten Tag der Konferenz anhand von Beispielen dargestellt, wie jedes Volk die eigene Freiheit zum Thema macht. „Die kurdische Frage werden wir aber nicht mit den selben Werkzeugen lösen können. Die Konflikte in Irland ähneln denen der Türkei nicht im Geringsten. England wendet die Forderungen, der kurdischen Frage Herr zu werden, praktisch an. Aber dort gibt es den Standpunkt von Tony Blair. Um die kurdische Frage zu lösen, muss auch hier ein Präsident gefunden werden, der den Standpunkt Tony Blairs vertritt. Denkt euch an Stelle von Abdullah Öcalan Murat Karayilan, und denkt euch, dass Tayyip Erdoğan dies akzeptiert. Aber dies ist nicht möglich.“ Çandar sieht Südafrika als das Model an, das am ehesten vergleichbar wäre. Es müsse eine sichere Atmosphäre für den Verhandlungsprozess geschaffen werden: „In einer unsicheren Umgebung kann das Problem nicht gelöst werden. Es müssen Tatsachen zur Schaffung einer sicheren Atmosphäre ausgemacht werden. In Südafrika wurde von den Bedürfnissen einer Mehrheit und den Ängsten einer Minderheit gesprochen. In der der Türkei brauchen wir genau das Gegenteil. Es muss eine Formel gefunden werden, die die Ängste der Mehrheit und die Bedürfnisse der Minderheit vereint. Die KurdInnen sprechen zum Staat und zum Osten des Euphrats. Sie haben die Tatsache der Gewalt in der Türkei verinnerlicht.“ Rajesh Rai vom kurdischen Menschenrechtsprojekt äußerte bezüglich der Politik der „Öffnung“ der AKP, dass der Wille und die Bemühungen des Staates zu einer Lösung durch die Operationen gegen die BDP unglaublich geworden sind.

(ANF 28.2., ISKU)

Meldungen

Razzia bei Roj TV

Die belgische Polizei führte am Morgen des 4.3. gegen 5:00 Uhr Razzien gegen kurdische Einrichtungen und Wohnungen durch. Neben der Nachrichtenagentur Firat (ANF), hat die Polizei Belgiens auf Anweisung der belgischen Staatsanwaltschaft auch das ROJ-TV-Studio in Denderleeuw und weiteren 24 Einrichtungen durchsucht.

Bei den Razzien auf die ROJ NV und STERK PRODUCTIONS Studios, die für ROJ TV Programme ausstrahlen, haben 300 Polizisten teilgenommen. Bisher wurden bei den Razzien 10 Personen, darunter die ROJ-NV-Leiterin Gülsen Emsiz, die Journalisten Burhan Erdem, Devrim Akcadag, Murat Yaklav und einige Gäste festgenommen. Einige der Festgenommenen wurden zur Polizeibehörde in Brüssel gebracht, die Restlichen sind wegen der Durchsuchungen noch im Studio.

ROJ-TV-Mitarbeiter stehen vor dem Studio, da sie wegen der Durchsuchungen das Gebäude nicht betreten dürfen. Sie erklärten, dass ca. 300 Polizisten die Durchsuchungen durchführen. Ein Mitarbeiter, der Zeuge der Razzia wurde, sagte, dass während der Durchsuchung Computer und andere technische Geräte, die zur Ausstrahlung gebraucht werden, zerstört wurden.

Die Staatsanwaltschaft Belgiens will heute um 17:00 Uhr eine Erklärung zu den Durchsuchungen abgeben.

ROJ-TV-Mitarbeiter verurteilen diese antidemokratischen Razzien sowie die Zerstörung der technischen Geräte und forderten eine sofortige Beendigung der Durchsuchungen.

(ANF 4.3., ISKU)

Angriff auf kurdische Bewegung in Italien und Frankreich: 88 Festnahmen

Auf Befehl der Staatsanwaltschaft von Venedig wurden bei in Venedig, Treviso, Pisa, Grosseto, Modena, Udine, Pordenone und Milano durchgeführten Hausdurchsuchungen und Razzien, an denen hunderte Polizisten teilnahmen, mindestens 76 Personen festgenommen. Vier von ihnen erhielten einen Haftbefehl. Einige der Festgenommenen sangen bei ihrer Festnahme kurdische Widerstandslieder. Ihnen wird Unterstützung und Ausbildung für die PKK vorgeworfen.

Umfangreiches Programm zum 8. März in Mersin

Anlässlich des internationalen Frauenkampftages, der sich in diesem Jahr am 8. März zum 100sten Mal jährt, hat die Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH) in Mersin ein umfassendes Programm organisiert.

Zur Bekanntgabe des Programms, und um alle Frauen zur Teilnahme einzuladen, haben führende Mitglieder der DÖKH und der Landkreisorganisation Akdeniz der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) eine Versammlung einberufen.

An dieser Versammlung nahmen hunderte Frauen, unter ihnen Landkreispolitikerinnen der BDP Akdeniz und des Gemeinderates, sowie die DÖKH Aktivistin Farah Diba teil.

Farah Diba von der DÖKH stellte in kurdischer Sprache das Programm der Feierlichkeiten um den 8. März vor und lud alle Frauen dazu ein, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Sie erinnerte daran, dass der internationale Frauenkampftag am 8. März 2010 zum 100. Mal gefeiert werden würde.

Daher hätte dieser Tag eine besondere Bedeutung, so Diba: „Wir glauben, dass die Frauen

von Kurdistan und der gesamten Türkei am 8. März dem seit Jahren andauernden Krieg eine Antwort, eine Lösung entgegensetzen werden. Und in diesem Jahr wird der 8. März ein Jubiläum der Freiheit, der Gleichheit und der Gerechtigkeit aller Frauen auf der Welt sein.“

Als die Mutter eines Kriegsopters während der Versammlung das Lied „Xeribim“ sang, in dem Ocalan und das Gefängnis auf Imrali thematisiert werden, entstand eine sehr emotionale Stimmung in dem Versammlungsraum. Viele der Frauen konnten ihre Tränen nicht mehr halten. Als das Lied zu Ende war, wurden unter großem Applaus Parolen gerufen wie „Biji Serok Apo“ und „Freiheit für alle Frauen“. Auch die Kinder beteiligten sich daran und formten mit ihren kleinen Händen das Siegeszeichen.

Das Programm der DÖKH für den 8. März in Mersin sieht folgendermaßen aus:

1. März: Um 12:30 wird sich vor der Postzentrale in Mersin getroffen um den Frauen in den Gefängnissen gemeinsam Postkarten zu senden. Im Anschluss

daran wird eine Pressekonferenz stattfinden.

2. März: Um 14:00 findet im Gebäude der BDP-Landkreisverwaltung von Akdeniz eine Veranstaltung mit einer Anwältin statt, die zu dem Thema „Frauen und Frauenrechte“ sprechen wird.

3. März: Um 10:00 wird sich vor dem Gebäude der BDP-Landkreisverwaltung getroffen, um von dort aus gemeinsam Familien von Opfern des Krieges zu besuchen.

4. März: Im Konferenzraum der Akdeniz Gemeindeverwaltung werden ab 14:00 Filme zur Bedeutung und zum Hintergrund des internationalen Frauenkampftages gezeigt.

5. März: An die schwer arbeitenden Frauen aus Mersin, zum Beispiel die des Textilssektors, werden Nelken verteilt.

6. März: Um 13:00 beginnt eine Demonstration vom Metropolgeäude zum Taş Gebäude.

7. März: Zwischen 11:00 und 16:00 Uhr wird vor dem Gebäude der BDP-Landkreisverwaltung eine Kundgebung stattfinden. Dort werden KünstlerInnen des MKM und Dengbej Cané auftreten. (ANF, 28., ISKU)

Auch in Frankreich wurden mindestens 12 Mitglieder von kurdischen Kulturvereinen von Antiterrorereinheiten festgenommen. Diese durchsuchten mehrere Wohnungen und Vereine, verwüsteten einige davon und beschlagnahmten Computer und Bücher. (ANF, 26.2., ISKU)

Israel liefert Heron an Türkei

Israel hat zwei der sechs von der Türkei bestellten unbemannten Drohnen des Typs Heron in die Türkei geliefert.

Das System soll nach Tests in der Türkei im laufenden Monat aktiviert werden. Weltweit werden unbemannte Luftfahrzeuge bei längeren und gefährlichen Einsätzen bevorzugt, da sie effektiver als bemannte Luftfahrzeuge sind. Die weiteren Heron Drohnen sollen indessen im Juli geliefert werden. (trt-world, 3.3., ISKU)

Quellen:

ANF **Fırat**
ND **Nachrichtenagentur**
 Neues Deutschland

Termine:

Gegen die unmenschliche Politik der syrischen Regierung in Syrisch Kurdistan

Anlässlich des 6. Jahrestags des Massakers an kurdischen Zivilisten im Fußballstadion von Kamishli am 12.3.2004 und des darauf folgenden Volksaufstandes in Syrisch Kurdistan rufen wir, die unterzeichnenden kurdischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, zu einem Protestzug am 11.3.2010 in Berlin auf.

Wir rufen alle Kurdinnen und Kurden, alle Menschenrechtsorganisationen und demokratisch denkenden Menschen und Institutionen auf, sich am 11.3.2010 ab 12:00 Uhr an der friedlichen Demonstration in Berlin vor der syrischen Botschaft, Rauchstrasse 25, zu beteiligen.

*Kurdische Yekitipartei in Syrien
Organisation in Deutschland
Kurdische Azadi Partei
Organisation in Deutschland
Kurdische Links Partei
Organisation in Deutschland
Navend*

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan** **Stahlwiete 10** **22761 Hamburg** **Tel.: 040 - 421 02 845** **E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden. **Stellen auf unser Konto: Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506** Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.isku.org**

Militär bestätigt Putschplan

Nach der jüngsten Serie von Haftbefehlen gegen Offiziere der türkischen Armee wegen des Verdachts auf Teilnahme an Putschvorbereitungen hat das öffentliche Ansehen der Militärs einen weiteren Schlag erlitten. Der Generalstab in Ankara räumte am Montag ein, dass ein bisher von den Generalen als böswillige Fälschung abgetaner Putschplan eines Offiziers möglicherweise doch echt ist.

Während immer mehr ehemalige oder noch im Dienst befindliche Offiziere wegen angeblicher Putschvorbereitungen in Untersuchungshaft kommen, musste der Generalstab am Montagabend einräumen, dass zumindest einer der angeblichen Putschpläne wohl eine echte Unterschrift trägt. Nach zivilen Gutachtern kam nun auch eine Expertise der dem Militär unterstellten Gendarmerie zu der Ansicht, die Unterschrift des Obersten Dursun Cicek unter dem »Aktionsplan zur Bekämpfung der Reaktion« sei echt oder könnte echt sein. Die Erklärung des Generalstabs ist an dieser Stelle etwas gewunden; es heisst, dass »einige Beweise« dafür erlangt wurden, »dass sie echt sein könnten«.

Dass sich der Generalstab mit dem Eingeständnis der Echtheit schwertut, ist begreiflich. Der Plan sah verschiedene illegale Aktionen vor, mit denen das

Vertrauen in die gemäßigt-islamische Regierung von Recep Tayyip Erdogan erschüttert werden sollte. Dies wird wie andere Pläne, die in den vergangenen beiden Jahren bekannt wurden, als Versuch gesehen, einen Militärputsch vorzubereiten. Dazu gehört auch der zuletzt enthüllte Plan »Vorschlaghammer« von 2003, der unter anderem Bombenanschläge auf Moscheen in Istanbul während der Hauptgebetszeit am Freitagmittag vorsah.

Das halbe Eingeständnis der Echtheit des Planes ist nicht nur ein Problem für das Militär insgesamt, sondern auch ein schwerer persönlicher Schlag für den Generalstabschef İlker Basbug. Am 16. Juni vergangenen Jahres hatte die Zeitung »Taraf« einen Bericht über den Aktionsplan veröffentlicht. Basbug stellte angeblich eine Untersuchung an und dementierte dann die Existenz eines solchen Projekts.

Einige Monate später veröffentlichte »Taraf« das Dokument mit der Unterschrift sowie detaillierte Informationen über eine Säuberungsaktion des Generalstabschefs, mit der alle Unterlagen über den Plan vernichtet werden sollten. Die Zeitung listete auf, welches Personal bei der Aktion eingesetzt war, zusammen mit den Nummern der Computer, die angeblich »gereinigt« wurden. Mit dem Eingeständnis der

Echtheit des Dokuments steht nun der Generalstabschef selbst in der Schusslinie. Außerdem hat das Ansehen des Militärs in der Öffentlichkeit einen weiteren Rückschlag erlitten.

Der Militärstaatsanwalt des Generalstabs hat nun auch das eingestellte Verfahren gegen Oberst Cicek wieder aufgenommen und Untersuchungshaft beantragt. Ein Militärgericht lehnte den Antrag allerdings ab, weil weder die Gefahr der Flucht noch der Manipulation von Beweisen bestehe. Cicek wird vom Militärstaatsanwalt unter anderem vorgeworfen, mit der Unterschrift seine Kompetenzen überschritten zu haben.

Doch es dürfte dem Militär kaum gelingen, den Putschplan als illegale Aktion eines einzelnen Obersten hinzustellen. Die Vorfälle um den Aktionsplan und den Generalstabschef werden auch die Diskussion um eine zivile Gerichtsbarkeit für das Militär neu beleben. Das Verfassungsgericht hatte vor Kurzem entschieden, dass sich Generale nur vor Militärgerichten verantworten müssen. Doch die Regierung plant, eine Justizreform mit Hilfe eines Referendums durchzusetzen. Die zivile Gerichtsbarkeit für Militärs in politisch brisanten Fällen ist einer der Punkte, die wohl in das Paket aufgenommen werden. (ND, 3.3., ISKU)